

# CO-Pipeline: „Das Urteil ist nur ein Scheinsieg“

**ERKRATH** (wie) Schon seit sechs Jahren kämpfen die Bürger in der IG Erkrath gegen die CO-Pipeline von Bayer. Die IG Erkrath sieht sich zwar durch die Entscheidung des Verwaltungsgerichts bestätigt, doch entspreche die erneute Prüfung der Erdbebensicherheit nicht dem Anliegen der CO Pipeline Gegner. „Das Verwaltungsgericht ist offenbar der Ansicht, dass das Rohrleitungsgesetz verfassungsgemäß ist und nur darum geht es“, sagt Wolfgang Cüppers. Eine Sicherheit vor Terroranschlägen sei bei einer Leitungslänge von 67 km und einer Verlegetiefe von nur 1,40 Meter unmöglich. Dem wirtschaftlichen Interesse von Bayer stehe das grundgesetzlich geschützte Recht auf Leben und Gesundheit der betroffenen Bürger gegenüber. Die IG Erkrath steht unverändert auf dem Standpunkt, dass Kohlenmonoxid nicht transportiert werden darf, sondern am selben Ort erzeugt und verarbeitet werden muss.

## CDU hat „gemischte Gefühle“

Die Drohung mit einer Verlagerung von Arbeitsplätzen sei keine Rechtfertigung, so Cüppers. Die IG Erkrath hofft, dass die Kläger Berufung einlegen werden. Sie geht davon aus, dass das OVG Münster das Rohrleitungsgesetz „kippen“ und den Planfeststellungsbeschluss der

Bezirksregierung ohne Ergänzungsmöglichkeit aufheben wird.

Mit „gemischten Gefühlen“ reagieren die Mitglieder der CDU-Kreistagsfraktion auf das Urteil. „Natürlich ist es ein großer Erfolg, dass das Verwaltungsgericht den Planfeststellungsbeschluss für rechtswidrig erklärt und eine Inbetriebnahme der CO-Pipeline verbietet“, sagte Fraktionsvorsitzender Klaus-Dieter Völker. Der Streit sei damit aber noch nicht beendet. Bayer habe nun die Möglichkeit, die vom Gericht beanstandeten Mängel zur mangelnden Erdbebensicherheit durch ein Planergänzungsverfahren zu entkräften. Die Bedenken zur Sicherheit an der Leitung habe das Gericht ärgerlicherweise nicht beanstandet.

Ebenfalls nur als Zwischenergebnis werten die Grünen im Kreis das Urteil. „Leider hat das Gericht den Betrieb der Pipeline nicht endgültig untersagt“, sagte Bernhard Ibold. Der Widerstand im Kreis, in den betroffenen Städten und der sehr aktiven Bürgerinitiative gegen die Pipeline dürfe nicht nachlassen. Zum Glück weht in der Bezirksregierung unter der Grünen Anne Lütkes ein neuer Wind, so Ibold. Das Gas sei auch in den jeweiligen Bayer-Werken produzierbar und müsse nicht durch eine Rohrleitung transportiert werden.



An der **Max-Planck-Straße** in Unterfeldhaus verläuft ein Teil der Trasse. Dort stellen Erkrather Plakate und Kreuze als Protest auf.

RP-FOTO/ARCHIV: DIETRICH JANICKI